

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

11/5

Telefon 2 09 51

## Der unterste Stein

M.P. Es wird jetzt viel davon gesprochen, dass die deutsche Frage mehr und mehr in den Vordergrund des Weltinteresses rückt, weil sie in wachsender Masse als ein Problem Gesamteuropas und des Weltfriedens bewertet wird. Daraus ergibt sich leicht der Trugschluss: da die grosse Bedeutung Deutschlands für die Allgemeinheit anerkannt wird, werde sich schliesslich auch ein Weg zu einer vernünftigen Lösung finden - irgendwie. Aber es gilt leider auch ein anderer Satz, den kürzlich ein massgebender deutscher Politiker aussprach: "Die führende Rolle des Dritten Reiches im Kampf gegen die Menschlichkeit und die Vernunft und für eine hemmungslose Machtentfaltung muss Deutschland damit bezahlen, dass es der unterste Stein in der Völkerpyramide ist. Auf ihm ruht im Grunde die ganze Last."

Man soll das nicht vergessen, auch wenn begreiflich ist, dass in der heftigen deutschen Situation sich Hoffnungen an jeden schwach erkennbaren Ansatzpunkt einer möglichen Besserung klammern. Solche Ansatzpunkte hat es in letzter Zeit mehrere gegeben: die vor allem im Jahre 1946 oft geradezu unerträgliche Spannung in den Beziehungen der alliierten Grossmächte schien sich um die Jahreswende merklich gelöst zu haben; Meldungen über eine grössere russische Neigung, dem Gedanken einer wirtschaftlichen Vereinigung auch der Ostzone mit der englisch-amerikanischen näher zu treten, folgten neuerdings; dann hat der Beschluss der englischen und der französischen Regierung, ein Bündnis einzugehen, in den Augen vieler ein durchaus freundliches Gesicht, weil sie darin das Zeichen einer Annäherung französischer Auffassungen an englische Vorstellungen und Wünsche

speziell in der Deutschlandfrage seien (sowohl noch gar nicht erwiesen ist, dass es sich nicht dabei um eine Anpassung unter ungerechtfertigten Vorzeichen handelt); schliesslich kam die Nachricht von der russischen Ankündigung eines Dänemarkgestops, die verschiedentlich ohne den uns notwendig erscheinenden Hinweis auf die taktischen Hintergründe dieser Massnahmen und ihre sonstigen Bedingtheiten veröffentlicht wurde und aufgenommen wird.

Das grosse bevorstehende Ereignis von internationaler Bedeutung ist der Beginn der Verhandlungen über den Frieden mit Deutschland in März, dessen Vorstufe die augenblicklichen Besprechungen der stellvertretender Aussenminister der Grossmächte in London sind. Jedes der angeführten augenblicklich günstigen Symptome steht in einem recht deutlichen Zusammenhang mit jener Zukunftsergebnis. Liegt aber im Hinblick darauf irgendein Anlass zu besonderer Zuversicht (oder auch nur zu gelassener Ruhe vor? Wir glauben es nicht. Schon wer die Liste der Forderungen durchsieht, die, im Buchstabensinne des Wortes, von allen Seiten an Deutschland gestellt werden, wird dem zustimmen. Aber auch andere Überlegungen führen zu der Befürchtung, dass sich hier eine gefährliche Entwicklung anbahnt und dass manche jeder scheinbar günstigen Vorzeichen nur auf Lösungen hinweisen, die auf dem Rücken Deutschlands gefunden werden sollen. So musste der Leitartikel der "Times", vom 14. Januar, recht bedenklich stimmen, das, an so gewichtiger Stelle und in dieser Form eigentlich zum ersten Mal, ein merkwürdig weitgehendes Verständnis für die sowjetische Auffassung zeigte, dass die entscheidende Voraussetzung für alle Friedensverhandlungen die endgültige Anerkennung der provisorischen deutschen Ostgrenze an Oder und Neisse sei.

Andererseits waren die Ernennungen des Generals Marshall zum amerikanischen Aussenminister und der Aufenthalt Montgomerys bei Stalin Vorgänge, die, gewiss neben anderen möglichen Motiven, doch vor allem auch zu zeigen schienen, dass nach anglo-amerikanischer Auffassung jetzt die Stunde gekommen ist, das Interesse nicht mehr so vorwiegend europäischen Fragen, sondern stärker den grossen Weltstrategischen Problemen zuzuwenden. Auf jenem kaum begrenzten Feld der Auseinandersetzung gibt es aber noch viele ungelöste Probleme: die russischen Ansprüche auf Internationalisierung des Suez- und Panama-Kanals, den Nahostkomplex und die Meerengenfrage, die allseitige Sorge um weit-

vorgeschobene "Sicherungs"-Posten, die zuletzt durch die Spitzbergen-Aktion der Sowjetdiplomatie beleuchtet wurde, den riesigen Fernöstlichen Raum, aus dem wir herausgelassen sind, und vieles andere mehr.

Diese ganze Reihe von Unklarheiten tritt also auffallenderweise in dem augenblick besonders deutlich hervor, in dem sich das offizielle Interesse der Grossmächte primär Deutschland zuwenden müsste und es ist recht bezeichnend, dass in diesem Punkte, der bisher das heisseste Eisen so sein sollte, eine plötzliche allseitige Neigung zu Entgegenkommen und frankenschafflichen Ausgleich in einer für uns Deutsche fast schon bemerkenswerten Weise durchbricht. Liegt unter diesen Umständen die Verantwortung nicht recht nahe, es würden schon jetzt Ausgleichszahlungen im deutschen Wertes wenn nicht gezahlt, so doch vorbereitet? Und passt in diese düstere Perspektive nicht leider allzu gut der Vorschlag, der jetzt verschiedentlich auftaucht, mit keiner deutschen Kontrollregierung einen formellen Friedensvertrag abzuschliessen, sondern sich mit der einseitigen Festsetzung eines Friedensstatuts, das heisst also eines Diktates, zu begnügen?

Der Friede ist der schönste Wunsch der Deutschen und die Deutschen sind bereit und verpflichtet, nach dem was geschah, einen Höchstpreis dafür zu zahlen, aber es <sup>muss</sup> ein Frieden sein, der diesen Namen verdient. Ein Kompensationsgeschäft der Siegermächte untereinander zu Gunsten ihrer weltimperialen Ziele und so ausschliesslich zu Lasten Deutschlands, dass unser Volk nicht leben kann, wäre kein Frieden. Es erscheint uns auch sicher, dass der unterste Stein allein auf die Dauer die Last einer solchen Pyramide vollkommener Not und Unterdrückung nicht tragen kann. (L/171/he)

#### Ein neuer Berliner Wahlkampf

K.W.Berlin, im Januar

In Berlin ist ein neuer Wahlkampf entbrannt. Die im Februar falligen Neuwahlen zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund haben mit einem starken Oppositionellen Akkord eingesetzt. Man muss sich erinnern, wie die Gewerkschaftswahlen des Vorjahres, die ersten überhaupt, vor sich gegangen sind. Damals lief die Propagandamaschine der Zwangsvereinigung der KPD mit der SPD auf vollen Touren, und alle politische Agitation jener Wochen galt einem dem Ziel, die Vorherrschaft der KPD auf allen Gebieten mit offenen und versteckten Taktiken zu befestigen und zu verankern. Die Tribune der Gewerkschaftspolitik eignete sich für diesen Agitationszweck in besonders hohem Grade, weil das Schlagwort von der Gewerkschaftseinheit auch das Stichwort für die politische Einheit lieferte.

Durch eine Wahlordnung ohne demokratische Sicherung spielten sich in dieser Wahl die kommunisten fest eile Positionen in die Hand. Ein umständliches Wahlverfahren, das die Verbindung der gewählten Funktionäre mit dem Wähler überbrückte, das ohne, und das nicht einmal die parlamentarischen Experten geschweige denn die Wähler richtig zu deuten wussten, sicherte der KPD eine unumschränkte Führung. Entsprechend der in Berlin und der Ostzone angewandten Wahlpolitik der KPD lag den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären daran, diese eindeutige politische Bestätigung der Gewerkschaften als Versprecher ihrer Partei offiziell nicht in Erscheinung treten zu lassen.

Die grosse Offiziellwahl Berlins und der Ostzone hat diese politischen Vorspannpläne der kommunistisch vorgewaltigten Gewerkschaften für die Zwangsvereinigung KPD und SPD zunächst nicht voll realisiert. Jedoch wurde von der SPD engverbundenen Mitgliedern des Gewerkschaftsvorstandes alsbald das Verlangen nach einer neuen Wahlordnung laut, die die politische Willkürherrschaft in den Gewerkschaften brechen sollte. Dies ist jetzt fast drei Viertel Jahre her, und nun lädt der Gewerkschaftsbund zu dem neuen Wahlen ein, die nach der gleichen, alten Willkürherrschaft von der SPD zu den kommenden Wahlen der KPD weiterhin einen Einfluss sichern sollen, der ihn nur auch nach dem bekundeten Volkswillen bei weitem nicht sukzessiert.

Nach diesem einen Jahr Gewerkschaftspolitik steht aber nicht nur das politische Verbot Berlins am 20. Oktober 1945 zur Debatte, sondern auch die Tatsache, dass die bisherige Gewerkschaftsführung ihre gewerkschaftliche Aufgabe überhaupt nicht erfüllt hat. Sie hat lediglich Politik getrieben der SPD Hilfeleistung geleistet. Sie hat nirgendwo einen Ansatz zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme gemacht, die das Anliegen der Gewerkschaften in vorderster Linie zu sein hatte. Die Kundgebungen, die der FDGB in die Öffentlichkeit entlassen hat, waren stets nur Unterstützungsaktionen für politische Aktionen, die der SED am Herzen lagen.

Die Vorbereitungen der neuen Wahl begannen mit dem Verlangen der Nicht-SPD-Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes nach einer neuen Wahlordnung, nach der die Delegierten auf direktem Wege und in voller Öffentlichkeit gewählt werden sollen. Ein offener Brief Dr. Otto Luhrs, des SPD-Stadtverordnetenvorstandes, der Mitglied des erweiterten Gewerkschaftsvorstandes ist, an den Vorstand hat die Öffentlichkeit mit dem Problem bekannt gemacht. Ein Antrag der Gewerkschaftsreferenten der SPD, CDU und LDP an die Alliierte Kommandantur, der dieses Verlangen repräsentiert, sucht hierfür den legalen Weg und die methodische Grundlage. Die Reaktion aus dem Lager der SED ist natürlich die Behauptung, dass diese Vorstöße "das kostbare Gut der arrangierten Gewerkschaftseinheit in Gefahr" brächten. Noch rechtzeitig für die Propaganda der SED-Haltung ist die bisherige "Die freie Gewerkschaft" genannte Tageszeitung des FDGB am 1. Januar in "Tribüne" umbenannt worden, um freilich nichts anderes als eine Unterstützung für die kommunistische Machtsicherung zu bilden. Da die Kommunisten immer schon so bedeutungsschweren SPD in Berlin gegenüberstehen, versuchen sie mit vervielfachter Kraft, wenigstens über die "neutralen Gewerkschaften" die Einflussphäre zu behalten, die sie sonst in Berlin verloren hätten. Die politischen Vorwürfe, die SPD bringe in die Gewerkschaftsarbeit das Mezzett der Parteipolitik, sind freilich nach einem Jahr sehr heftiger Kämpfe um das politische Selbstbestimmungsrecht der Demokratie in Berlin als ein sehr durchsichtiges Manöver für jedermann erkennbar. In diesem Sinne ist der Kampf um die echten demokratischen Bedingungen der Gewerkschaftswahl eine notwendige Fortsetzung des Kampfes um die Grundrechte der Demokratie, der am 20. Oktober 1945 seinen ersten bedeutenden Sieg verbüßen konnte.

(6/141/617/1730)

Notizen aus Skandinavien

von unseren NK-Korrespondenten

Nazi-Einflüsse in Schweden

Eine Kommission, die beauftragt war, die nazistische Propaganda in Schweden zu untersuchen, hat nun das Ergebnis ihrer Arbeit veröffentlicht. Das Untersuchungsmaterial beläuft sich auf eine Reihe schwedischer Zeitungen, die dem nazistischen Druck zum Opfer gefallen sind, als dieser im grössten Wert, "Sydsvenska Dagbladet", das während vieler Jahre für die Nazis grosse Sympathien aussparte, bemerkte zu dem Untersuchungsergebnis ein wenig spitz, dass die einstmalig deutschfreundliche Haltung gewisser Zeitungen durchaus im Einklang mit den Wünschen der Regierung und deren Informationsabteilung gewesen sei. Darin Absicht sei es immer gewesen, "die Herren bei guter Laune zu erhalten".

Die deutsche Gesandtschaft habe alle Zeitungen und alle öffentlichen Persönlichkeiten bespitzelt. Die Deutschfreundlichkeit oder -feindlichkeit der schwedischen Zeitungen wurde mit dem Ziffern 0 bis 5 klassifiziert. Fünf Punkte erhielt "Dagsposten", die allerdings eine deutsche Gründung war und auch aus deutschen Mitteln unterhalten wurde. Vier Punkte erhielt "Göteborgs Handels- och sjöfartstidning", die von den Nazis als Churchills schwedisches Propagandaorgan bezeichnet wurde. Eine übliche Rolle spielte auch das in Stockholm erscheinende "Afton-Bladet" des Kreuzerkonzerns, das den nazistischen Propagandawünschen nur allzugofn entsprach. (b/A10/1/nc)

Schweden beseitigt Umsatzsteuer

Mit Beginn des neuen Jahres wurde die fünfprozentige Umsatzsteuer aufgehoben, die mit Ausnahme der Lebensmittel auf alle Waren gelegt war. Die Aufhebung der Umsatzsteuer wurde nicht nur von der breiten Masse der Bevölkerung, sondern vor allem von der Kaufmannschaft mit der grössten Befriedigung zur Kenntnis genommen, da viel Arbeit und viele andere Schwierigkeiten fortfielen. Die Aufhebung der Umsatzsteuer ist ein erfreuliches Zeichen für die Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Um den Entfall an Einnahmen zu kompensieren, hat die Staatsverwaltung gewisse Subventionen eingezogen, welche die Produzenten von Lebensmitteln erhielten, um die Preise der landwirtschaftlichen Produkte niederzuhalten. Die Einziehung dieser Subventionen hat eine Vortreibung vor allem des Milch- und Futterpreises zur Folge. Dennoch ist die Entlastung der Konsumenten durch die Aufhebung der Umsatzsteuer viel grösser als ihre Auslastung durch die Erhöhung gewisser Lebensmittelpreise. (b/171/A10/1/nc)

Dänemark muss sparen

Der Sparplan, den die Regierung den politischen Parteien vorgelegt hat, sieht eine wesentliche Beschränkung des Importes vor. Der Wert des Importes soll von 2.800 Millionen Kronen auf 2.280 Mill. im Jahre 1947 gesenkt werden. Hingegen wird das Land bemüht sein, den Export von 1.200 Mill. Kronen im Jahre 1946 auf 1.850 Millionen im Jahre 1947 zu steigern. Die Importbeschränkungen werden u.a. betreffen fertige Textilwaren, Papier, Obst, gewisse Industriewaren, Futter, Kaffee, Tee, Kakao und Tabak sollen von den Importbeschränkungen nicht berührt werden. Dänemark wird eine Rationierung des Fleisches einführen - es gab eine solche während des ganzen Krieges nicht - und den Fettgehalt des Käses und des Milchrahms vermindern. (b/171/A10/1/nc)

spd/17. Januar 1947

Von Unbekannt an UnbekanntEin Privatbrief aus England

Liebe Frau Meyer,

Durch die "Rettet-Europa"-Gesellschaft bekam ich Ihre Adresse, weil ich nachgefragt hatte, ob sie meiner Frau und mir die Adresse einer deutschen Familie geben könnte, der man helfen kann.

Vielleicht wundern Sie sich darüber, dass ich das tun will, ganz besonders, da ich in Coventry lebe! Vor dem Kriege habe ich viele Länder bereist und ich weiss daher, dass die einfachen Leute in jedem Lande ziemlich dieselben sind. Niemals sind es diese Menschen, die einen Krieg beginnen, denn sie alle wollen nur das eine: Frieden und Wohlstand.

Aus diesem Grunde tadle ich die Deutschen nicht des Krieges wegen - obwohl sie töricht wären, Hitler zu unterstützen - weil ich überzeugt bin, dass sie nicht wissen konnten, dass Hitler so viele Lügen erzählen würde. Weder der Durchschnittsengländer noch der Durchschnittsdeutsche konnten voraussagen, was geschehen würde.

Bitte glauben Sie mir, wenn ich sage, dass die meisten Leute in diesem Lande denken wie ich, und dass sie gerne helfen würden, wenn es möglich ist. Unglücklicherweise ist es nicht ganz einfach, das zu tun, weil die Dinge, die Sie am dringendsten brauchen, auch in England schwer zu haben sind. Wenn es aber irgend etwas gibt, das Sie besonders dringend brauchen und wenn man das verschicken kann, so wollen wir unser Möglichstes tun.

Ich hoffe, dass Sie mir schreiben werden und bitte schreiben Sie in Deutsch, weil ich es übersetzen lassen kann. Es tut mir leid, dass ich selbst nicht deutsch schreiben kann und hoffe, dass Sie deshalb nicht zu viel Schwierigkeiten haben.

Sagen Sie mir bitte, wenn Sie nicht mit allem einverstanden sind, was ich gesagt habe. Ich denke oft über die Zustände in Deutschland nach und hoffe sehr, dass die Lage dort sich sehr bald verbessern wird.

(b/Bl/151/1/he)

Stärke in der SchwächeAm Beispiel der französischen Sozialisten

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat gerade in einer Zeit eines auffallenden Stimmenrückganges einige besonders bemerkenswerte Erfolge erzielt: Die Bildung einer rein sozialistischen Minderheitsregierung als einzigem Ausweg aus einer Kabinettskrise, die allgemeine Achtung, die sich diese Regierung in der kurzen Zeit ihrer Regierung vor allem durch das Geschick der Führung erworben hat, der weitgehende und überraschende diplomatische Erfolg Blums in London und schliesslich die Wahl Vincent Auriols zum Präsidenten der französischen Republik. Die Entwicklung in Frankreich ist ein überzeugender Beweis dafür, dass nicht allein die Ziffer der Anhänger einer Partei deren Stärke ausmacht, sondern dass Persönlichkeit und kluge Führung und die Position im parlamentarischen System wesentliche weitere Momente für die Bedeutung einer Partei sind. (m/1/171/1)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover